

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1919**

16 (20.1.1919)

# Volkstfreund

Tagung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postkoffer monatlich 1.20 M., 1/2jährlich 3.60 M., Jugepelt durch unsere Träger 1.30 bezw. 3.90 M.; durch die Post 1.34 M. bezw. 4.02 M.; durch die Feldpost 1.35 M. bezw. 3.90 M., vorauszahlbar. Ausgabe: Verlag mittags: Geschäftszeit: 1/2-1/2 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die Spalt. Kolonelleile od. deren Raum 25 S., zuzügl. 50 % Zeitungszuschl. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmefrist 149 vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gessle & Co., Karlsruhe.

## Die deutschen Nationalwahlen.

### fünf sozialdemokratische Abgeordnete für Baden.

#### Gesamtergebnis für Baden.

Es wurden abgegeben:  
 für die Sozialdemokraten 362948 St.  
 Zentrum 380644 Stimmen  
 Deutsch-Demokr. 226811 Stimmen  
 Deutsch-Nat. 78886 Stimmen

Es entfallen auf:  
 Sozialdemokraten 5 Mandate  
 Zentrum 5 "  
 Deutsch-Demokr. 3 "  
 Deutsch-Nat. 1 "

Somit sind in Baden für die deutsche Nationalversammlung folgende Mitglieder gewählt:

- Oskar Geß-Mannheim (Soz.),
- Oskar Frink-Karlsruhe (Soz.),
- Leopold Müller-Karlsruhe (Soz.),
- Christ. Stok-Heidelberg (Soz.),
- Forenz Niedmiller-Emmendingen (Soz.),
- Zehrenbach-Freiburg (Zentr.),
- Dr. Rehm-Karlsruhe (Zentr.),
- Ernst-Karlsruhe (Zentr.),
- Dr. Wirth-Freiburg (Zentr.),
- Diez-Rodolfszell (Zentr.),
- Dietrich-Konstanz (Dem.),
- Dr. Haas-Karlsruhe (Dem.),
- Engelhard-Mannheim (Dem.),
- Dr. Düringer-Karlsruhe (Dem.).

Das Ergebnis der Deutschen Nationalwahlen in Baden ist für die Sozialdemokratie ein durchaus erfreuliches. Der sozialdemokratische Erfolg kommt insbesondere in einer bedeutenden Stimmenzunahme gegenüber den Wahlen vom 5. Januar zum Ausdruck. Die Sozialdemokratie hat gestern 46767 Stimmen mehr aufgebracht wie bei den badischen Nationalwahlen. Die anderen Parteien hatten natürlich auch Zunahmen, da diesmal alle Deutschen wählen konnten, somit auch diejenigen, die das badische Staatsbürgerrecht nicht haben. Aber die Zunahme der anderen Parteien ist lange nicht so groß, wie die unigigen. Das Zentrum verzeichnet 11587 Stimmen, die Deutsch-Nationalen 8905 Stimmen als Zunahme und die Deutsch-Demokraten gar eine Abnahme von 300 Stimmen. Diesen Zahlen gegenüber ist die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen in knapp vierzehn Tagen geradezu in die Augen springend. Sie darf als ein erneutes Vertrauensvotum des Volkes für die Sozialdemokratie bezeichnet werden. Die Zunahme der Deutsch-Nationalen Nationalen rührt daher, daß die Partei bei der badischen Wahlen im 1. Wahlkreis nicht kandidierte und gestern dort zum erstenmal ihre Stimmen zählte. Der Stimmenrückgang der Deutsch-Demokratischen Partei ist auf eine erst in den letzten Tagen einsetzenden Agitationssturm der Deutsch-Nationalen besonders gegen die Demokraten zurückzuführen, demgegenüber die Neudemokraten nicht standhalten konnten. Die Deutsch-Nationalen haben den Demokraten hauptsächlich zum Vorwurf gemacht, daß sie sich zu stark auf die sozialdemokratische Politik stützen würden. Das ließen sich viele „Demokraten“ aber nicht gefallen. Sie gingen hin und wählten „Deutsch-National“. Es dürften das wohl besondere Nationalisterei gewesen sein, denen der neue Demokratenhul nicht festigen will.

Beim Vergleich der letzten Reichswahlen im Jahre 1912 ist diese Wahl leicht vergleichbar zu, da man es dieses Mal mit ganz neuen Verhältnissen zu tun hat. Die Sozialdemokratie Badens stellte damals zum Reichstag nur 1 Sitz trotz ihrer 117 086 Stimmen, während das Zentrum bei 129 147 Stimmen 6 Sitze, der liberale Block bei 139 336 Stimmen ebenfalls sechs und die Konservativen (die heutigen Deutsch-Nationalen) bei 29 113 Stimmen auch einen Sitz; d. h. so viel wie die Sozialdemokraten bekamen. Der ganze Kammer der alten Verhältnisse kommt damit zum Ausdruck. Die Revolution hat mit dem alten Wahlsystem aufgeräumt und den Volkswillen festgelegt, den man früher mit unzähligen Klauen und Schwänzen fälligte. Das hört jetzt auf. Es gab dieses Mal keine Wahlkreisgeometrie, keine Stützwohlen, keine Scheinwahlen und Wahlbereichen. Es war ein grundsätzlicher

Kampf um einen neuen kulturpolitischen Gedanken: um die Idee des sozialen, freien Volksstaates.

Und wahrlich, die Sozialdemokratie hatte auch dieses Mal keinen leichten Stand. Auf der einen Seite arbeiteten die alten Geister der Reaktion und auf der andern die Rabolde der Zerstörung, um der Idee des Sozialismus hinderlich zu sein. Wie wurde ein Buch mit sieben Meilen nur der Berliner Spartakuskrieg ausgebeutet, um das Volk kopfschütteln zu machen. Auf der andern Seite mußten Kreise herangeholt werden, denen Politik bisher ein Buch mit sieben Siegeln war und die vollkommen im Sinne einer dem Sozialismus feindlich gesinnten Gesellschaft steht. Die Gesellschaft, die vollständig auf den Futurpatriotismus und das Gottesgnadentum eingeschworen war, hat wiederum alles aufgegeben, um die Wahlen nach ihrem Willen zu schieben. Die Nachteile einer vollkommen politisierten Gesellschaft werden sich für die Kirche schon noch zeigen. Man darf es aber mit Berichtigung feststellen, daß der ungeheure Einfluß der Gesellschaft doch nicht ausreichte, um den Siegesmarsch des Sozialismus aufzuhalten. Wenn die katholische Kirche bei dem Spiel bleiben will, daß der Gesellschaft verpflichteter Agent des Zentrums sein muß, mag sie es tun. Es wird zu ihrem Schaden sein.

Bis zur Stunde kann natürlich noch kein Gesamtbild über den Wahlausfall im Reich gegeben werden. Es liegen nur die Resultate aus Württemberg vor, die ebenfalls sehr erfreulich sind. Die Sozialdemokratie hat dort mit 470 316 Stimmen 7 Sitze erhalten und ist die stärkste Partei geworden. Aus dem Reich liegen somit so gut wie keine Resultate vor. Einen Gesamtüberblick wird man erst im Laufe des Tages erhalten können.

Die Stadt Karlsruhe darf auf den Wahlausgang ebenfalls mit hoher Befriedigung zurückblicken. In der Stadt Karlsruhe wurden gestern fast 3000 sozialdemokratische Stimmen mehr wie am 5. Januar abgegeben. Auch die Vororte haben sich wieder glänzend gehalten. Die Wahlbeteiligung war einwandfrei. Es ist so gut wie keine Störung des Wahlaktes vorgekommen. Auch Streichungen wurden nur wenig oder gar nicht vorgenommen. Man kann sagen, die Sozialdemokratie hat hier ihre Position als führende Partei nicht nur gehalten, sondern noch verstärkt. Es folgen nun die Einzelresultate, soweit wir sie bis Schluß der Redaktion erhalten konnten.

#### Das Ergebnis aus den Amtsbezirken.

(Bei den sozialdemokratischen Stimmen folgen wir in Klammer die Zunahme seit der bad. Nationalwahl bei.)

- Amtsbezirk Konstanz: Soz. 12 249, Dem. 8127, D.N. 968, Ztr. 15 754 (Soz. + 2524).
- Amtsbezirk Hebrungen: Soz. 2718, Dem. 2212, D.N. 484, Ztr. 8026 (Soz. + 400).
- Amtsbezirk Ruffenhart: Soz. 480, Dem. 998, D.N. 115, Ztr. 8288 (Soz. + 111).
- Amtsbezirk Balingen: Soz. 5366, Dem. 3188, D.N. 1882, Ztr. 6619 (Soz. + 430).
- Amtsbezirk Rehrich: Soz. 2034, Dem. 1722, D.N. 114, Ztr. 4080 (Soz. + 501).
- Amtsbezirk Donaueschingen: Soz. 3458, Dem. 2620, D.N. 818, Ztr. 6412 (Soz. + 466).
- Amtsbezirk Wolfach: Soz. 2595, Dem. 2194, D.N. 484, Ztr. 7248 (Soz. + 304).
- Amtsbezirk Sundorf: Soz. 1669, Dem. 1352, D.N. 109, Ztr. 4208 (Soz. + 243).
- Amtsbezirk Stodach: Soz. 2872, Dem. 2400, D.N. 345, Ztr. 3723 (Soz. + 198).
- Amtsbezirk St. Blasien: Soz. 977, Dem. 782, D.N. 150, Ztr. 2650 (Soz. + 81).
- Amtsbezirk Engen: Soz. 2454, Dem. 2472, D.N. 78, Ztr. 5582 (Soz. + 263).
- Amtsbezirk Säckingen: Soz. 2800, Dem. 1091, D.N. 49, Ztr. 5918 (Soz. + 70).
- Amtsbezirk Waldshut: Soz. 3534, Dem. 2592, D.N. 147, Ztr. 9982 (Soz. + 148).
- Amtsbezirk Freiburg: Soz. 17773, Dem. 10771, D.N. 4724, Ztr. 27398 (Soz. + 2382).
- Amtsbezirk Offenburg: Soz. 8154, Dem. 3576, D.N. 1099, Ztr. 19098 (Soz. + 733).
- Amtsbezirk Lorrach: Soz. 10944, Dem. 8572, D.N. 1449, Ztr. 3852 (Soz. + 1275).
- Amtsbezirk Lahr: Soz. 5880, Dem. 6019, D.N. 2390, Ztr. 7268 (Soz. + 268).
- Amtsbezirk Neustadt i. Sw.: Soz. 2185, Dem. 1011, D.N. 165, Ztr. 5141 (Soz. + 115).
- Amtsbezirk Triberg: Soz. 3481, Dem. 2258, D.N. 326, Ztr. 6256 (Soz. + 98).
- Amtsbezirk Waldkirch: Soz. 2470, Dem. 1088, D.N. 165, Ztr. 8048 (Soz. + 104).
- Amtsbezirk Staufen: Soz. 1796, Dem. 1148, D.N. 88, Ztr. 6286 (Soz. + 97).

- Amtsbezirk Oberkirch: Soz. 2042, Dem. 1100, D.N. 183, Ztr. 6250 (Soz. + 345).
- Amtsbezirk Emmendingen: Soz. 7437, Dem. 7560, D.N. 1901, Ztr. 8571 (Soz. + 470).
- Amtsbezirk Ettlingen: Soz. 1589, Dem. 1984, D.N. 265, Ztr. 5076 (Soz. + 18).
- Amtsbezirk Schopfheim: Soz. 4668, Dem. 3128, D.N. 872, Ztr. 1729 (Soz. + 84).
- Amtsbezirk Müllheim: Soz. 3397, Dem. 4015, D.N. 1082 (Soz. + 315).
- Amtsbezirk Freisach: Soz. 1928, Dem. 2186, D.N. 374, Ztr. 4151 (Soz. + 59).
- Amtsbezirk Rehl: Soz. 6087, Dem. 8250, D.N. 901, Ztr. 633 (Soz. + 1588).
- Amtsbezirk Schönnau: Soz. 2018, Dem. 874, D.N. 4993 (Soz. + 326).
- Amtsbezirk Bühl: Soz. 2845, Dem. 1227, D.N. 374, Ztr. 11288 (Soz. + 403).
- Amtsbezirk Achern: Soz. 2783, Dem. 1496, D.N. 215, Ztr. 8203 (Soz. + 487).
- Amtsbezirk Baden-Baden: Soz. 5049, Dem. 4452, D.N. 793, Ztr. 8375 (Soz. + 822).
- Amtsbezirk Rastatt: Soz. 12363, Dem. 8576, D.N. 374, Ztr. 15 678 (Soz. + 1859).
- Amtsbezirk Ettlingen (Gemeinde Märlsch fehlt): Soz. 5063, Dem. 1661, D.N. 438, Ztr. 6329 (Soz. + 318).
- Karlsruhe-Stadt: Soz. 28 378, Dem. 21 564, D.N. 5504, Ztr. 14 149 (Soz. + 2742).
- Karlsruhe-Land: Soz. 6509, Dem. 3239, D.N. 3877, Ztr. 421.
- Amtsbezirk Karlsruhe: Soz. 34 699, Dem. 24 849, D.N. 8847, Ztr. 14 630 (Soz. + 2821).
- Amtsbezirk Durlach: Soz. 13 230, Dem. 5004, D.N. 3816, Ztr. 2196 (Soz. + 1166).
- Amtsbezirk Forstheim: Soz. 26 183, Dem. 11 246, D.N. 8981, Ztr. 4404 (eine Gemeinde fehlt noch; Soz. + 3512).
- Amtsbezirk Bruchsal: Soz. 10 187, Dem. 3573, D.N. 374, Ztr. 17 990.
- Amtsbezirk Bretten: Soz. 4680, Dem. 2585, D.N. 3346, Ztr. 1707 (Soz. + 95).
- Mannheim-Stadt: Soz. 58 816, Dem. 24 592, D.N. 5224, Ztr. 16 223.
- Mannheim-Land: Soz. 4507, Dem. 1970, D.N. 775, Ztr. 2543.
- Amtsbezirk Mannheim: Soz. 63 353, Dem. 26 562, D.N. 6007, Ztr. 18 765 (Soz. + 22 880).
- Amtsbezirk Heidelberg: Soz. 21 271, Dem. 15 590, D.N. 3816, Ztr. 2196 (Soz. + 1166).
- Amtsbezirk Weinheim: Soz. 7478, Dem. 2653, D.N. 1948, Ztr. 2552 (Soz. + 497).
- Amtsbezirk Schwetzingen: Soz. 8906, Dem. 8788, D.N. 1262, Ztr. 5428 (Soz. + 1206).
- Amtsbezirk Wiesloch: Soz. 2555, Dem. 1820, D.N. 1270, Ztr. 7440 (Soz. + 188).
- Amtsbezirk Sinsheim: Soz. 4266, Dem. 5370, D.N. 3508, Ztr. 3160 (Soz. + 299).
- Amtsbezirk Eppingen: Soz. 2668, Dem. 2346, D.N. 1634, Ztr. 1716 (Soz. + 14).
- Amtsbezirk Adelsheim: Soz. 1448, Dem. 1972, D.N. 930, Ztr. 2216 (Soz. + 23).
- Amtsbezirk Eberbach: Soz. 2245, Dem. 2776, D.N. 681, Ztr. 1180 (Soz. + 122).
- Amtsbezirk Luchen: Soz. 1712, Dem. 1096, D.N. 320, Ztr. 10 182 (Soz. + 31).
- Amtsbezirk Herberg: Soz. 866, Dem. 1819, D.N. 1222, Ztr. 8849 (Soz. + 107).
- Amtsbezirk Mosbach: Soz. 3136, Dem. 4220, D.N. 1707, Ztr. 6158 (Soz. + 143).
- Amtsbezirk Tauberhirschheim: Soz. 1380, Dem. 735, D.N. 412, Ztr. 12 709 (Soz. + 83).
- Amtsbezirk Wertheim: Soz. 1571, Dem. 1628, D.N. 1683, Ztr. 3765 (Soz. + 7).

#### Einzelergebnisse.

- Reisnau: Soz. 320, Dem. 110, D.N. 128.
- Bühl: Soz. 643, Dem. 86, Ztr. 827, D.N. 5.
- Bretten-Stadt: Soz. 816, Dem. 117, Ztr. 10, D.N. 68.
- Bühlingen: Soz. 621, Dem. 115, Ztr. 472, D.N. 1.
- Knittlingen: Soz. 975, Dem. 354, Ztr. 20, D.N. 464.
- Lorrach-Stadt: Soz. 4172, Dem. 2373, Ztr. 1843, D.N. 431.
- Grünwinkel: Soz. 582, Dem. 131, Ztr. 248, D.N. 33.
- Reisnau: Soz. 559, Dem. 288, Ztr. 7, D.N. 184.
- Daglanden: Soz. 1272, Dem. 208, Ztr. 659, D.N. 46.
- Bruchhausen: Soz. 207, Dem. 8, Ztr. 142.
- Büdingen: Soz. 507, Dem. 178, Ztr. 213.
- Häppert: Soz. 940, Dem. 470, D.N. 160, Ztr. 230.
- Büdingen: Soz. 73, Dem. 29, D.N. 7, Ztr. 0.
- Wolfartsweier: Soz. 157, Dem. 80, Ztr. 0, D.N. 66.
- Muc: Soz. 875, Dem. 168, Ztr. 34, D.N. 248.
- Blauenloch: Soz. 444, Dem. 276, Ztr. 4, D.N. 214.
- Säckingen: Soz. 655, Dem. 187, Ztr. 1, D.N. 272.
- Schöckel: Soz. 495, Dem. 68, Ztr. 3, D.N. 308.
- Weinheim-Stadt: Soz. 4126, Dem. 1828, Ztr. 708, D.N. 793.
- Adelsheim-Stadt: Soz. 1518, Dem. 19064, Ztr. 2218, D.N. 990.



### Deutsches Reich.

#### Glaubensfreiheit und Volkssprache durch die Verfassung gewährleistet.

Wie die B. P. N. von gut unterrichteter Seite erfahren, hat das Kabinett sich in seinen letzten Sitzungen eingehend mit dem Verfassungsentwurf beschäftigt. Staatssekretär Preuß beteiligte sich an diesen Beratungen in maßgebender Weise. Es soll im Großen und Ganzen zu vollkommener Übereinstimmung gekommen sein. Der Staatssekretär für Preuß ist beauftragt worden, dem so durchberateten Entwurf die letzte Form zu geben.

Es wird für weite Kreise von größter Wichtigkeit sein, zu hören, daß durch die neue Verfassung die volle Glaubens- und Gewissensfreiheit gesichert sein wird. Die Ausübung jeder gottesdienstlichen Handlung wird gewährleistet, soweit sie nicht der öffentlichen Ordnung widerspricht. Andererseits darf niemand zu einer kirchlichen Handlung gezwungen werden. Auch ist niemand verpflichtet, kirchlich seine Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft zu offenbaren; die Behörden haben nicht mehr das Recht, darnach zu fragen. Selbstverständlich bleiben die einzelnen Religionsgemeinschaften den allgemeinen Gesetzen unterworfen, doch sollen sie ihre eigenen Angelegenheiten selbständig verwalten. Keine Religionsgemeinschaft soll bevorzugt werden. Die überaus wichtige Frage der Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche wird dem einzelnen deutschen Freistaat zur Regelung überlassen. Hierfür sollen aber durch ein Reichsgesetz die Grundzüge festgelegt werden.

Was die Sicherung der Volkssprache betrifft, so sollen künftig jeder volkssprachliche Volksteil das Recht haben, seine Muttersprache sowohl beim Unterricht wie bei der inneren Verwaltung wie bei der Rechtspflege innerhalb der von ihm bewohnten Landteile zu gebrauchen.

#### Ein zeitgemäßes Wort zur Vorgesetztenfrage für Eisenbahner.

h. Karlsruhe, 16. Januar.

Die obersten Stellen der Verkehrsverwaltung sind durch neue Männer besetzt worden, die in sozialer Weise die Personalfrage behandeln werden. Damit ist dem Eisenbahnerpersonal die Sicherung gegeben, daß künftig eine gründliche Neuordnung in grundsätzlichen Fragen eintritt. Solche Neuordnungen sind bereits ergangen, wie die Einführung des Kassenbuchs, die Abschaffung des Akkord- und Prämiensystems usw.; sie haben beim Eisenbahnerpersonal eine freudige Zustimmung ausgelöst. Man darf erwarten, daß diese großzügigen Behandlungen der Personalfragen nicht im Anfangsstadium stehen bleiben, und daß die neuen Verkehrsminister ihren Anordnungen gleiche Beachtung verschaffen werden. Sache des freigewerkschaftlich organisierten Eisenbahnerpersonals aber wird es sein müssen, bei der Durchführung dieser Anordnungen mit allen Kräften mitzuwirken. Dort, wo es selbst als Vorgesetzter fungiert, muß es gewissenhaft und weisheitsvoll zugleich dafür sorgen, daß der neue Geist bis in den hintersten Winkel der Werkstatt oder Bahnstrecke dringt. Für Unterbene gibt es nur einen Weg, Mißverständnisse oder abfällige Rückfälligkeiten abzustellen: Man wendet sich an den geordneten Vertreter der Organisation.

Nun gibt es aber auch Mißverständnisse, die nicht ohne Weiteres greifbar sind. Jeder Eisenbahner weiß, daß es unter dem alten Regiment eine Reihe „gejungerter“ Vorgesetzter (oberer, mittlerer und unterer Beamter) gab, deren Tüchtigkeit vor allem in der Drangsalierung mißglückter Untergebener bestand. Sie gehörten zum „System“ und waren „oben“ sehr gut angesehen. Ihre Praktiken waren umso gefährlicher, als sie nicht offen den freigewerkschaftlich organisierten Untergebenen bekämpften, sondern ihre verhassten Ziele hinter dem Vorwand der Befehlsausführung zu verbergen suchten. Sie wählten aus keinen Dienstvergehenden Kapitalverbrechen zu machen, sobald es sich um einen ihnen unangenehmen Untergebenen handelte; umgekehrt trübten sie bei ihren Vorgesetzten ein, oder auch bei den Augen zu. Dieses schamlose Verhalten konnten diese Herren unbeanstandet jahrelang treiben; ganz berechtigt waren die Fälle, wo es unter Organisation nach dieser Weise gelang, sich einem charakterlosen Individuum das Handwerk zu legen.

In allen Werkstätten, Maschinenhäusern, Bahnhöfen — in allen Bahnhofsstellen, Stellwerken, Büros saßen solche Leute und verletzten mit ihrem unehelichen Verhalten das ganze Dienstpersonal. Sie mögen noch so sehr geglaubt haben, mit ihrer Ausübung der Dienstgewalt dem „System“ zu dienen, Tatsache ist, daß die gute Abwicklung des Dienstes durch sie erschwert wurde.

Und diese Leute mußten natürlich in das neue Regime mit übernommen werden, und stehen heute noch in leitender Stellung. Der neue Geist hat es ihnen natürlich beigebracht, vorfälliger mit ihren alten Gewohnheiten zu sein. Es ist aber kein Wunder, wenn das organisierte Eisenbahnerpersonal argwöhnisch ist, und dem guten Vetter nicht traut. In einer Reihe von Verkehrsbereichen an die Verkehrsverwaltungen ist daher vom Personal die Verlegung dieser Vorgesetzten auf Kosten, wo sie kein Unheil mehr anzurichten können gefordert worden.

Mit Recht! Wir sind zwar grundsätzlich gegen eine Politik der Rache. Aber hier handelt es sich darum, daß es dem Dienstinteresse zuträglich ist, wenn die Leute, die erwiegenmäßig durch einen Mangel an sozialem Gerechtigkeitsgefühl die Eisenbahntätigkeiten geschädigt haben, auf ihrem Blatte verbleiben. Es fehlt das Vertrauen zu ihnen, das gerade im Eisenbahnbereich zwischen Vorgesetzten und Untergebenen vorhanden sein muß. Es war aber eine ganz irrtümliche Auffassung dieser Vorgesetzten, wenn sie glaubten, sich über die sozialen Anforderungen der Zeit hinwegsetzen zu können, wenn sie in ihren Untergebenen nicht gleichberechtigte Menschen, sondern nur Werkzeuge, die ihrer hohen Amtsgewalt auszuliefern waren, sahen.

#### Aus der Partei.

##### Sozialistische Beamtenorganisation.

Man schreibt uns: Es sind bis jetzt hauptsächlich nur die sozialistischen Volksschullehrer gewesen, die von den Beamten die Konsequenz gezogen haben, die die Revolution ihnen gemessen hat. Kein Wunder! Sie haben in vielen Beziehungen am meisten von allen Beamten an ihrem wirtschaftlichen, politischen und sozialen Hebelentum gelitten. Sie haben es eingesehen, daß ihr Stand nur durch den Sozialismus aus dieser Stellungstellung emporgehoben werden könne zu einer Kulturbedeutung, die nicht

einmal vor dem Hochschullehrerstand zurückzusehen braucht. Es ist ihnen klar geworden, daß der Sozialismus es ist, der erst die Schranken und Fesseln gesprengt hat, die den nach höchster Bildung Lebenden die Wissensquelle der Hochschulen vorenthalten. Sie haben ein, daß der Sozialismus erst die Voraussetzung aller Jugendkultur ist, ohne welche die genialsten Schulprogramme, die wichtigsten Lehrer zu Danabarbeit verurteilt sind: die Sicherstellung einer menschenwürdigen Existenz für die Jugend des arbeitenden Volkes. Rascher und gründlicher als ihre bürgerlichen Kollegen haben sie sich zu eigen gemacht, was sie erkannten: daß der Sozialismus erst das Bildungspotential, das durch ein volksbelebendes Mittel- und Hochschulwesen Schüler, Lehrer und Eltern zerkürrt: in sich gegenseitig anfeindende Bildungslasten. Das abgedroschene Wort von der freien Bahn, die dem Tüchtigen offen zu stehen habe, ward nicht im alten Staat eine janzige Privatprivat? Es wurde, um die gärende Masse zu beschwichtigen, als eine Zusicherung hineingeworfen, die man nicht zu erfüllen gewillt war. Die sozialistischen Lehrer, sie haben sich auch diesem Einfluß nicht verschließen und erkannten es als Recht an, wenn „der Volkssorgen unsere Schulen Bildungsstätten und Jugendberufshilfen vorwärts“ und pflichteten auch der Aufgabe bei, daß „der Volkssorgen unsere Schulen Bildungsstätten und Jugendberufshilfen vorwärts“. Diese Einsichten zwangen die sozialistischen Volksschullehrer zum Zusammenschluß, um durch ihr Gewicht all diesen Verhältnissen entgegenzuwirken, was den bisherigen Standesvertretungen weder möglich war noch am Herzen lag. Sie sind bürgerliche Gebilde zu bürgerlichen Zwecken.

Aber nicht die Volksschullehrer allein haben diese Einsichten gehabt; und daraus die Folge gezogen. Es sind eine ganze Reihe von Mittelschullehrern (Professoren und Praktikanten), die den gleichen Anschauungen huldigen. Diese haben sich dem sozialistischen Lehrerbund angeschlossen, da sie in ihm die Interessen aller sozialistischen Lehrer vom Volksschullehrer bis zum Hochschullehrer gewahrt sehen. Es besteht die Absicht, die im ganzen Lande verstreuten Mittelschullehrer und die Hochschullehrer an unseren Universitäten, die Anhänger des Sozialismus sind, dem soz. Lehrerbund zuzuführen. Diese werden getrieben, ihre Adressen an Herrn Hauptlehrer Weber in Weingarten, Amt Durlach, an Herrn Prof. Dr. Wilhelm, Karlsruhe, Bismarckstr. 20, oder Herrn Lehramtspraktikant Meister in Wiesloch zu senden.

Offenburg, 18. Jan. Auch hier gab Volksbeauftragter a. D. Barth ein Schimpfspiel im „Reichsblatt“. Die Verfassung war, wie nicht anders zu erwarten, gut besucht. Die Reuegierde hat wohl die meisten Besucher dorthin geführt. Wer aber glaubte, einen objektiven und gebildeten Mann zu hören, der etwas Besseres über die rautigen Verhältnisse in Berlin zu berichten wisse, hat sich getäuscht. Die Ausführungen des Herrn über die gegenwärtige Regierung Ebert-Scheidemann-Landsberg, die er Schuffen, Blutschand und Kulteure, zeigten den richtigen Bildungsgrad des Volksbeauftragten a. D. und erregten nur Ekel und Abscheu. Die Offenburg Arbeitergesellschaft, die sich von solchen Verrätern an der Arbeiterfrage und dazu in solch bedeutungsvoller Stunde am Karrenrad herumzuführen läßt, ist mehr wie zu bedauern.

\* Mannheim, 18. Jan. Die Unabhängige Sozialdemokratie verordnete gestern ein Flugblatt, in welchem zu einer öffentlichen Demonstration aufgerufen wurde, um gegen den gemeinen Meuchelmord an den treuen und ehelichen Kämpfern für das arbeitende Volk Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg Protest einzulegen. Diese Demonstration fand nun auch am Freitag mittag statt. An dem Zug beteiligten sich ungefähr 10 000 Personen. Im Schloßhof hielten der ehemalige Minister Schwarz, sowie Hermann Memmele und Stolzenburg Ansprachen, in denen der Tod Liebknechts und Rosa Luxemburgs bedauert wurde. Mit einem Hoch auf die Revolution schloß die ohne Zwischenfälle verlaufene Kundgebung.

### Soziale Rundschau.

#### Der Nutzen der Volkssicherung.

Welchen großen Nutzen die gemeinnützige Versicherung der Volkssicherung für die Versicherten bedeutet, zeigt deutlich der folgende Fall aus dem Bezirk der hiesigen Rechnungsstelle. Der Arbeiter Wilhelm Hüftele von Rotenfels versicherte sich am 15. August 1914 und starb am 25. Oktober 1918. Während der Versicherungsdauer von 4 Jahren und 2 Monaten wurden an Prämien 156,50 M bezahlt. Die zur Auszahlung gebrachte Versicherungssumme betrug dagegen 1500 Mark. Gerade die Arbeitnehmer mögen daraus schließen, wie außerordentlich wichtig es für sie ist, wenn sie sich und ihre Angehörigen bei der Volkssicherung versichern. Die Volkssicherung ist eine gemeinnützige Versicherung, deren Ueberhülle gänzlich den Versicherten selbst zugute kommt.

#### Badische Verbraucherammer.

Der Badische Landesverband des Kriegsaussschusses für Konsumanteninteressen hat sich in die „Badische Verbraucherammer“ umgewandelt. Die Badische Verbraucherammer hat die folgenden Aufgaben:

- a. Allgemeine Vertretung der Verbraucherinteressen.
  - b. Förderung von Volkswirtschaft und Technik.
  - c. Beratung der Behörden, insbesondere durch Abgabe von Gutachten.
  - d. Belehrung der Bevölkerung.
1. Vorsitzender der Badischen Verbraucherammer ist Herr Oberpostsekretär Manz, Karlsruhe; 2. Vorsitzender und Geschäftsführer Herr Arbeitersekretär Prull, Karlsruhe. Die Geschäftsstelle befindet sich in Karlsruhe, Bismarckstr. 47 (Fernruf 2090). Der Badischen Verbraucherammer sind 54 badische Zentralverbände mit 170 000 Mitgliedern angeschlossen. Die Badische Verbraucherammer wird die Interessen der Konsumanten genau so vertreten, wie es der Kriegsaussschuß der Konsumanteninteressen bisher getan hat.

#### Die Warenhausangestellten.

gehört von jeder zu den Angestellten, die der bemerkenswerten Propaganda zugänglich waren. Hat doch der Zentralverband der Handlungsgehilfen bereits 1909 einige Tarifverträge mit Warenhausgehilfen im Anschluß an erfolgreiche Bewegungen abschließen können. Auch jetzt sind die Warenhausangestellten wieder die rührigsten unter ihren Berufsgenossen. Nachdem 5000 Angestellte des Warenhauses A. Wertheim in Berlin durch einen Streik durchgehet hatten, daß Bindungen nur im Einverständnis mit dem Betriebsrat vorgenommen werden, daß Entlassungen vor dem 31. März 1919 nicht erfolgen dürfen, und daß die Firma zur Zahlung von einmaligen Entschädigungssummen in Höhe bis zu 500 M, ferner zur Wiedereinstellung der Streikteilnehmer verpflichtet wurde, traten auch die Angestellten aller übrigen Waren- und Kaufhäuser Groß-Berlins an ihre Gewerkschaft heran. Infolgedessen kam es alsbald zum Abschluß einer Vereinbarung zwischen dem Zentralverband der Handlungsgehilfen und

dem Verband deutscher Waren- und Kaufhäuser, durch die für alle Groß-Berliner Warenhausangestellten ähnliche Zugeständnisse erzielt wurden, wie bei A. Wertheim. Auch in anderen Städten, so in Hamburg, München, Düsseldorf, Königsberg, hat der Zentralverband der Handlungsgehilfen, wie die „Handlungsgehilfenzeitung“ berichtet, erfolgreiche Bewegungen durchgeführt. — In Karlsruhe werden demnächst ebenfalls ähnliche Schritte unternommen werden.

### Baden.

#### Die Teuerungsbekämpfungen an Kriegsteilnehmern.

Aus Beamtenkreisen wird uns geschrieben: Im Oktober letzten Jahres kam die einmalige Teuerungsbekämpfungen für die Beamten und Staatsarbeiter zur Auszahlung, die der herrschenden Notlage abhelfen und Anschaffungen für den Winterbedarf ermöglichen sollte. Die Kriegsteilnehmer gingen zum großen Teil dieser Zulage verlustig, weil ihnen, soweit sie verheiratet sind,  $\frac{1}{2}$  und falls ledig  $\frac{1}{4}$  des Gehalts als „militärische Ersparnis“ angerechnet wurde. Daß diese Ersparnis nur in der Einbildung besteht, bedarf für Keiner der Verhältnisse keines Beweises. Die Verpflegung des gewöhnlichen Mannes an der Front und in der Garnison war in den beiden letzten Jahren einfach ungenügend. Wollte er nicht zugrunde gehen, so mußte er sich zu Quantitätsteilnahme Nahrungsmittel kaufen oder von den Angehörigen beschaffen lassen. Für die Angehörigen selber wurde der Lebensunterhalt von Tag zu Tag teurer. Der Preis für jeden Gegenstand des täglichen Bedarfs stieg fortwährend und es mußte jede Erwerbsmöglichkeit bemüht und genaue Rechnungen geführt werden, sollten Einnahmen und Ausgaben in Übereinstimmung bleiben. Jetzt sind die Soldaten nach Hause gelehrt und sollen Beruf und Arbeit wieder aufnehmen. Wären sie aus irgend einem Grunde zwei Monate vorher in den Zivilberuf zurückgetreten, so hätten sie im Oktober die Teuerungsbekämpfungen erhalten und diese zu den nötigen Anschaffungen aller Art, Abänderung der Kleidungsstücke, die nach mehrjähriger Militärdienstzeit naturgemäß erforderlich sind, verwenden können. Weil sie aber bis zuletzt treu ihre Pflicht erfüllt haben, geht ihnen die Zulage verloren und sie sind gezwungen, das neue Leben, das ihnen im Felde oft in so schönen Farben gezeichnet wurde, mit Schulden zu beginnen. Hier läßt die Hilfe dringend not und es wird Sache der neuen Regierung und der Abgeordneten sein, nach dem Rechte zu sehen. Einzelne Dienststellen, so das Ministerium des Innern für seinen Geschäftsbereich, teilweise auch die Generaldirektion, haben in gerechter Würdigung der Sachlage die Zulage angewiesen. Sollten die übrigen Ministerien in der Kürze für ihre Beamten, Lehrer und Arbeiter nicht auch soweit gehen können?

\* Die Vertretung der Beamten- und Arbeiterinteressen bei den badischen Staatsbahnen. Das Verkehrsministerium hat die Einrichtung eines Büros für Vertretung der Beamten- und Arbeiterinteressen bei der Generaldirektion der Staatsbahnen angeordnet. Die Beamten des Beamten- und Arbeiterbüros werden auf Grund einer von den Fachvereinen vorgelegten Vorschlagsliste vom Verkehrsminister bestellt. Sie haben die Wünsche und Anliegen des Personals zum Vortra bei der Generaldirektion entgegenzunehmen, mit den Fachvereinen der Eisenbahnbeamten und Arbeiter in ständiger Fühlung zu bleiben, auf Einholung deren Verammlungen zu bestehen und sich über die Verhältnisse und Wohlfahrtsverhältnisse des Personals an Ort und Stelle zu unterrichten. Sie sind ferner berechtigt, an den Sitzungen der Beamten- und Arbeiterausschüsse teilzunehmen. Als Beamte dieses Büros sind vom Verkehrsministerium ernannt worden: Karl Sotawarth, Malzmeister, August Schwall, Gauleiter, Ernst Trautmann, Oberrevisor. Außerdem wurde vom Verkehrsministerium angeordnet, daß in der Generaldirektion ein Oberbeamter die Vertretung der Interessen der Oberbeamten zu übernehmen habe. Hierzu wurde auf Vorschlag der Oberbeamten Oberamtsinspektor Christian Schützspahn bestimmt.

Demokrat von Bodman. Der frühere Staatsminister Dr. Frhr. von Bodman ist der Deutschen Dem. Partei begetreten und beteiligt sich u. a. an den in Karlsruhe veranstalteten politischen Einführungskursen für Frauen.

Zur Kontrolle der Kommunalverbände. Um eine genügende Vertretung aller Bevölkerungsschichten in den Kommunalverbänden herbeizuführen, damit die Bevölkerung Vertrauen zu der Geschäftsführung ihres Kommunalverbandes haben kann, hat das Ministerium des Innern die Bezirksämter angewiesen, alsbald zu prüfen, ob nicht eine Ergänzung des Ausschusses durch Auswahl von Vertretern der Arbeitnehmer vorzunehmen ist. In größeren und stark mit Industrie durchsetzten Bezirken wird ein Arbeitnehmer als Ausschussmitglied nicht als genügende Vertretung angesehen werden können. Bei der Auswahl geeigneter Persönlichkeiten sollen die Arbeiter- oder Volksräte gehört werden. Ferner hat das Ministerium veranlaßt, daß der Abschluß der Verhandlungen der Kommunalverbände nach Ablauf des Geschäftsjahres mit möglicher Beschleunigung erfolgt.

Teuerungsbekämpfungen für in Ruhestand tretende bad. Staatsbeamte. Um den älteren Beamten, insbesondere denjenigen, die das 65. Lebensjahr vollendet haben und die sich deshalb nach den Bestimmungen des Beamtengesetzes zur Ruhe lassen können, auch wenn sie noch nicht dienstunfähig sind, das Überleben in den Ruhestand zu erleichtern und um auf diese Weise zugleich die unangünstigen Anstellungs- und Beförderungsverhältnisse der jüngeren Beamten zu verbessern, hat die bad. Volksregierung genehmigt, daß den nach dem 1. Januar ds. J. in den Ruhestand tretenden Beamten bis zur allgemeinen Neuregelung der Bezüge eine widerrufliche Teuerungsbekämpfungen zum Ruhegehalt gewährt wird.

Die öffentliche Bewirtschaftung der Baustoffe. Der Wiederaufbau des Wohnungsbaues steht jetzt nicht mehr der Mangel an Arbeitskräften, aber immer noch der Mangel an Baustoffen entgegen. Zwar ist Bauholz in genügender Menge vorhanden und auch das Eisen ist wieder freigegeben, aber die Herstellung von Baustoffen und Regeln ist durch die Kohlennot stark beeinträchtigt. Deshalb kann A. Karlsruhe, etc.“ auf eine öffentliche Bewirtschaftung dieser Baustoffe nicht verzichtet, sondern es muß darüber erwogen werden, daß Vorräte an Baustoffen und Ziegeln dem Wohnungs-

bau zugeführt werden. Lagersbauten, ebenso gewerbliche und industrielle Bauten, auch öffentliche Bauten, müssen vorläufig zugunsten des Wohnungsbaues zurückgestellt werden. Das Ministerium für Übergangswirtschaft und Wohnungsverwaltung hat nach diesen Gesichtspunkten die Baustoffbewirtschaftung und Bautenprüfung neu geregelt. Danach bleibt die Beschlagnahme von gebrannten und anderen künstlichen Mauersteinen, Dachziegeln usw. bestehen. Die Meldungen über den Bestand an solchen Gegenständen sind auch weiterhin an das Landwirtschaftsamt (fr. Kriegsamtstelle) in Karlsruhe zu richten. Die Erlaubnis zur Verwendung der fraglichen Gegenstände ist mittels eines beim Landwirtschaftsamt zu beziehenden Fragebogens einzuholen.

**Politische Straftaten.** Vielfach ist die Ansicht verbreitet, daß politische Straftaten nicht mehr strafbar seien. Das ist unrichtig. Für frühere, besonders bei Ausbruch der Revolution begangene politische Verbrechen und Vergehen ist Amnestie gewährt. Insofern findet daher keine Strafverfolgung statt. Wohl ist dies der Fall bei solchen nach Verkündung der Amnestie begangenen Straftaten. Für sie sind die bisherigen Strafgesetze maßgebend.

**Der erste Neffortauschuss in der bad. Staatsverwaltung.** Während der Sitzungen (jetzt Neuner-) Ausschuss als Vorläufer der Beamtenkammer die Interessen der gesamten Beamenschaft in den allgemeinen Beamtenfragen vertritt, sollen für die Geschäftszweige der einzelnen Ministerien besondere Ausschüsse (Neffortauschüsse) gebildet werden. Diese Ausschüsse haben ein Mitbestimmungsrecht in allen persönlichen und Sachangelegenheiten der Beamten des betr. Ressorts. Der kürzlich für den Bereich der Finanzverwaltung gebildete Ausschuss ist von dem Finanzminister Dr. Birch als die geordnete Interessenvertretung der Beamten seines Ressorts anerkannt worden. Diesem Ausschuss gehören an: Raurat Forstner, Oberreferent Friebe, Referent Böhmann, Finanzrat Dornung, Finanzsekretär Karcher, Oberauswärtiger Kurtenwald, Referent Segauer, Steuerassistent Straub und Kanzleifassistent Weissenberger.

\* **Kastell, 16. Jan.** Eine 23jährige Näherin aus Karlsruhe hat sich in ihrer Wohnung an der Kriegstraße infolge Liebesummers das Leben genommen. Das Mädchen hat sich erschossen.

\* **Wiesloch, 17. Jan.** Der Arbeiter Werner aus Wiesloch, Vater von sechs Kindern, sprang aus der fahrenden elektrischen Bahn ab und kam unter die Räder. Ein Bein wurde ihm vollständig abgefahren.

\* **Manheim, 18. Jan.** Unter dem Verdachte, das Kind erzwängt zu haben, dessen Leiche vor kurzem beim Redaktionsgebäude gefunden wurde, wurden das Dienstmädchen Bertha Reichert und der Fabrikarbeiter Karl Bauerlein aus Dettingen verhaftet. Das Mädchen hat die Tat eingestanden, Bauerlein leugnet dagegen.

\* **Oppingen, 18. Jan.** In Rischen wurde die 20jährige Dienstmagd Frieda Meinh wegen Kindesbildung verhaftet. Der Vater des Kindes ist ein russischer Kriegsgefangener.

**An die Landbevölkerung!** Stunden der größten Not sind in unserem Vaterlande ausgebrochen. Die Aufrechterhaltung unserer inneren Wirtschaft ist auf das schwerste gefährdet. Mangel an Kohlen und Holzstoffen legen die Industrie in großem Masse lahm. Ungezählte zurückkehrende Krieger sind arbeitslos und zweckslos. Es wird unmöglich sein, diesen allen und den vielen anderen erwerbslos gewordenen Arbeitern in Industrie und Handwerk Unterkunft, Nahrung und Arbeit zu geben. Hier muß und kann das Land helfen. Landwirte, ihr habt in aufopferndster Weise und unter Einwirkung eurer ganzen Kraft bisher geholfen! Helft auch jetzt, die zurückkehrenden Krieger und alle anderen, die keine Arbeit finden, auf dem Lande zu beschäftigen. Gebt ihnen Arbeit, Nahrung und Wohnung, auch dann, wenn ihr euch selbst im Raum beschränken müßt. Baut Wege, melioriert eure Felder und Wiesen, macht Waldarbeiten, furcht Arbeit! Das ist jetzt eine hohe, sittliche Pflicht der Landwirtschaft.

Ohne Opfer wird und kann es dabei nicht abgehen. Ueber allem aber muß jetzt die Forderung der Erhaltung unserer landwirtschaftlichen Kraft und der inneren Ruhe und Sicherheit stehen. Steigert die Erzeugung, soweit es irgend möglich ist, nehmt an Menschen auf, soviel als ihr nur irgend unterbringen könnt und arbeitet so mit am Wohle unseres Vaterlandes. Was vom Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung geschehen kann, um der Landwirtschaft zu helfen, wird geschehen.

**Arbeiter!** Industrie und Handwerk, die Euch bisher beschäftigt haben, liegen darnieder. Die Kohlen- und Transportnot zwingt sie zur Einstellung oder Einschränkung der Arbeit. Das Land aber braucht Arbeiter. In den landwirtschaftlichen Betrieben ist überall vieles nachzuholen. Nichts ist jetzt wichtiger als die Sicherung unserer Ernährung. Landbesessenen Ratschlägen und viele andere Arbeiten ähnlicher Art harren der Ausführung. Bei der Bestellung und Ernte des kommenden Wirtschaftsjahres können viele Arbeiter lohnende Beschäftigung finden. Es

gilt, den Boden bis zum letzten Fleckchen zu bebauen. Das Land ruft euch und braucht euch!

In jedem größeren Verwaltungsbezirk sind landwirtschaftliche Arbeitsnachweise vorhanden. Wendet euch an sie, ihr werdet Arbeit finden und helft so am besten eurem Vaterlande.

**Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung.**  
Demobilisierungsamt: Roetz.

### Aus der Stadt.

• Karlsruhe, 20. Januar.

**Aus der Vollziehung des Volkswahrs am 16. Januar.**  
Kollege Erb berichtete von der Erwerbslosenversammlung am 10. Januar und stellt fest, daß dort kein Beschluß gefaßt wurde, die Forderungen mit Gewalt durchzusetzen. Er berichtete ferner über die Gründung der freiwilligen Ordnungswache und teilte mit, daß sich der Vorstand des Volkswahrs dem Gedanken einer Bewachung dieser Wehr widersetzt hat. Seinem Wunsch wird Rechnung getragen.

In einer Versammlung der Volkswache wurde beschloffen, in der Öffentlichkeit eine Erklärung abzugeben, daß sie geschlossen hinter dem Volkswahrs und mit diesem hinter der Regierung steht. Da die 1000 von Karlsruhe irgekommen, wird die Volkswache auf 1500 Mann erhöht werden.

Der Verpflegungsausschuss hat in den letzten Tagen wieder mehrfach Untersuchungen vorgenommen und Beschlüsse zu Tage gefördert, unter anderem, daß bei der Brauerei Köppler 1000 Zentner Butter lagen, die allerdings gegenwärtig nicht gebrauchsfähig sind, da sie bereits in verdorbenem Zustand von der Militärverwaltung übernommen wurde und erst umgeschmolzen werden muß. Auf die Frage, weshalb dies nicht schon geschehen sei, wurde behauptet, die Schmelzungsstelle sei überhitzt. Es lag vor einiger Zeit ein Antrag vor, beim Ministerium vorzulegen, daß die Weinpreise erniedrigt würden. Nach Verhandlung hat sich herausgestellt, daß es möglich sein wird, für die Kleinvieh einen Konsumverehr herzustellen, den sie, wenn ihnen der Zoll erlassen wird, für 1,25 Mark verkaufen würden.

Die letzte Landbevölkerung der A., B. und C. Klassen hat beschlossen, daß diese solange bestehen bleiben sollen, bis die Erzeugnisse der Revolution gesichert sind. Auf die Mitteilung, daß der Stadtrat beschloffen habe, eine Verfassungskommission unter dem Vorsitz des Reichsamt und der Erwerbslosenführer vorzubereiten, wurde festgestellt, daß sich der Volkswahrs keineswegs damit einverstanden erklären kann. Welche Einrichtungen waren und sind in der Lage, ihre Aufgaben auch ohne diese Persönlichkeit zu erfüllen. Durch die Mitarbeit eines Ausschusses der Erwerbslosen werden nicht nur die Interessen der Erwerbslosen gewahrt, sondern auch für das Gemeinwohl aufklärende Arbeit geleistet.

Koll. Weiler und Litter erklären bezüglich der Beamtenwache, daß diese durchaus nicht eine Maßnahme sein solle, die gegen die Volkswache gerichtet sei, und daß sie nur auf Veranlassung der Regierung errichtet sei. Koll. Fiedrich bemängelte das zu milde Vorgehen des Volkswahrs. Es würden jetzt schon wieder Verträge gemacht, die geteilte Arbeitszeit an Stelle der ungeteilten einführen. Koll. Herzog erklärt es für fraglich, ob die ungeteilte Arbeitszeit aus technischen Gründen in allen Betrieben eingeführt werden könne, z. B. den zweimal ercheinenden Zeitungen. Koll. Kruze meint, in der Hauptverwaltung, wo jetzt die Zeitung in zwei Schichten eingeführt sei, könnten sich noch einige Hundert Personen beschäftigt werden, anstatt der Erwerbslosenunterstützung zur Last zu fallen.

Der 2. Teil der Sitzung schloß mit dem Bericht des Koll. Forster, Mitglied des Zentralrates in Berlin, über die dortigen Vorgänge in den letzten Wochen aus.

**Ueber die Vorgänge in Berlin** berichtete vorgestern abend im großen Rathsaal, der von Berlin zurückgekehrte Genosse Forster, Mitglied des Zentralrates der A. u. S. Klasse. Die ersten Kämpfe, die sich zwischen der im Schlosse stationierten Matrosenwache und den Regierungstruppen abspielten, liegen ja schon einige Wochen zurück. Ihre Ursachen sind kaum politische Natur und die Kämpfe von damals haben mehr den Charakter eines Zwischenfalls. Mit dem Austritt der Unabhängigen Partei, Dittmann, Hanke aus dem Kabinett änderte sich die Lage. Die Unabhängigen hatten gewisse Maßnahmen die Vermittler zwischen der Regierung und den Sozialisten von ganz links gemacht. Nun hörte das auf. Der Austritt der Unabhängigen hatten folgenden Anlaß: Jeden Tag kamen sie, besonders der uns ja auch bekannte Lamole Barth, mit Anträgen fortwährender Verhaftung aller möglichen Betriebe. Nun hatte die Regierung die Frage der Sozialisierung aus ernsthafteste geprüft. Sie hatte Kommissionen aus jederlei Art Gewerbe zusammenberufen und dieses Problem mit ihnen des langen und breiten durch-

gesprochen. Aus Gründen berechtigter Art haben sie dem Drängen der Unabhängigen auf Verhaftung Widerstand geleistet. Da sollte beispielsweise die Hochzeitsfeier sofort verhaftet werden. Das hätte Minderungen der Kostenbedeckung und der Arbeitsverhältnisse ergeben, hätte also Zeit, vielleicht diese Zeit erforderte, aber wichtiger war augenblicklich doch wohl, die Fische für den Konsum zu fangen. Die Unabhängigen wollten davon nichts hören. Ein noch schwerwiegenderer Einwand, Einstellungen haben wir noch keinen Frieden. Wie die Friedensbedingungen aussehen werden, das weiß Gott. Verhaftungen wie die Verhaftung so kommt nachher ohne Zweifel der Feind und erklärt: „Dieses ist Staatsgut, der Staat ist laut Friedensvertrag mein Schuldner mit so und so viel Milliarden Kriegsschuldigung, dieser Betrieb gehört als Hausfund mit.“ Auch davon wollten die Unabhängigen nichts hören. Das Zusammenarbeiten war unmöglich, sie traten aus der Regierung aus. Ihre Trennung bedeutete gleichzeitig eine Abwanderung nach weiter links, große Massen der U.S.K. schlossen sich, Spartakus an. Erst mit diesem Zug konnte die Wehr, dessen eigentliche Angehörigkeit ja nur ein ganz kleines Häuflein bildet, überhaupt einen Fuß fassen. So ist es, alle durch die Schuld der rabulischen Berliner Unabhängigen zu der blutigen Woche des Spartakuskampfes mit der Regierung gekommen. Die Tragödie scheint einstweilen beendet zu sein. Ihr Hauptziel ist ihr Opfer gefallen. Niemand behauptet das mehr als die Regierung. Zum zweiten Mal ist Friedrich Müllner geworden und unter den heutigen Verhältnissen ein viel gefährlicherer als ehemals. Genosse Forster ermahnte zum Schluß, die parlamentarische Bewegung nirgends alsu leicht zu nehmen. Gerade daß die Unabhängigen das unzuverlässige, jederzeit pöbelbereite Element bilden, macht Wachsamkeit überall bringen erforderlich. Sie rechtzeitig beispielsweise auch die Bildung der Sicherheitswehr, deren Begründung von unabhängiger Seite so klar beurteilt wurde.

### Aus der Stadtratsitzung vom 16. Januar 1919.

**Antisubventionierung.** Fabrikant Leopold Kösch, Vizepräsident der Handelskammer, hat wegen starker geschäftlicher Belastung und im Hinblick auf die veränderten politischen Verhältnisse sein Amt als Mitglied des Stadtrats unter dem 15. ds. Mts. niedergelegt. Der Stadtrat hält die Antisubventionierung nach § 9 Absatz 3, Ziffer 4, der Städteordnung für zulässig und genehmigte sie. Er spricht dabei Herrn Kösch für seine langjährige Wirksamkeit im Dienste der Stadt Dank und Anerkennung aus. Das Amt eines Mitglieds der städt. Rheinhafenkommission behält Herr Kösch bei.

**Luftverkehrssteuer.** Der Stadtrat beschloß, zur Vermehrung der laufenden Einnahmen der Stadt, die zur Deckung der gewaltig anwachsenden Ausgaben dringend nötig ist, eine Abgabe auf die im Besitz der Stadtgemeinde Karlsruhe stattfindenden Luftfahrten nach § 80 der Städteordnung einzuführen und beantragt beim Bürgerausschuß die Zustimmung zu der hierfür aufgestellten Steuerordnung.

### Die Kezreiseite.

Wir haben kürzlich schon in unserm Artikel „Ein Wort zur Verteidigung“ darauf hingewiesen, wie verkehrt es wäre, bei der Einstellung von Arbeitslosen auf Verweigerung von Arbeitsstellen und Arbeitsstellen auf Verweigerung von Arbeitsstellen die weiblichen Beschäftigten auf die Straße zu werfen. Das ist eine neue Schicht Arbeitsloser zu schaffen, ein Elend befestigen durch Schaffung eines neuen Elends. Es ist nun auch ein Antrag der Regierung herausgekommen, in dem Maßlinien befestigen werden, nach denen bei der Entlassung bisher Beschäftigter und der Einstellung Arbeitsloser zu verfahren ist. Wir haben gestern bereits angedeutet, daß einzelne städtische und kommunale Stellen nun kurzfristig in Verweigerung dieses Elendes dem gesamten weiblichen Personal gekündigt haben, ein Verfahren, das sicher nicht in der Verantwortung des Elendes liegt. Es sind da weibliche Angestellte darunter, die zum Unterhalt ihrer Familie wesentlich beitragen, die selbst arbeitslos männliche Angehörige zu Hause haben, die allein leben, auf ihrer Hände Arbeit angewiesen sind und die nun selbst dem Arbeitslosen-Elend überantwortet sind. Es muß nachmalig dringend verlangt werden, daß bei derartigen Entlassungen jede Härte vermieden wird; es sollten am besten Kommissionen gebildet werden, deren Zusammenfassung eine unparteiische Prüfung aller Verhältnisse gewährleisten.

Wir erhalten zu derselben Angelegenheit die Zuschrift einer Frau, die unsere obigen Ausführungen auf das nachdrücklichste unterstützt; es heißt in dieser Zuschrift:

„Frauen voran!“ heißt es in den vier langen Kriegsjahren. Wir haben mit dem Eintag aller Kräfte die innere Front zu halten gewußt. Wir haben für unsere Kinder, für unsere alten Eltern das Brot verdient, wo der Ernährer oder des Sohnes kräft-

lich bis Roger; ein Werk von Beethoven hätte vielleicht den Ueberblick noch veranschaulicht; aber die Kürze ist auch einer der vorbildlichen Vorzüge der Stürmerischen Veranstaltungen, nicht zum Schaden der Wirkung. Ueber die Kunst des Klavierpieters Bruno Stürmer und der Geigerin Elisabeth Stürmer ist an dieser Stelle schon wiederholt berichtet worden, es erübrigt sich also ein näheres Eingehen. Ihre gediegene Können verbirgt immer einen stillen Vortrag. Das sehr zahlreich erschienene Publikum, der Saal war gedrängt voll besetzt, dankte mit herzlichem Beifall für die genutzten, wertvollen Darbietungen.

Dr. Moenke, der Dramaturg und Regisseur am Karlsruher Landestheater ist auf 1. Dezember an das frühere Königl. Theater in Hannover versetzt worden. Herr Dr. Moenke hat sich in der kurzen Zeit seines Hierseins auf dem Gebiete der Regie, namentlich in modernen Stücken, einen beachtlichen Ruf und angesehenen Namen erworben. Sein Weggang bedeutet für das Schauspiel einen schwer zu ersetzenden Verlust, den man allgemein bedauern wird.

### Konservatorium für Musik der Landeshauptstadt Karlsruhe.

Das Vorspiel der Ausbildungsarbeiten, das am Mittwoch, des 15. ds. Mts. stattfand, hatte folgendes Programm:

1. Duo für 2 Klaviere a-moll: A. Rheinberger, Frau'ns Olga Eselborn und Fräulein Martha Zell. — 2. Cello-Sonate D-dur op. 3, I. u. II. Satz: B. Kumborg. — Herr Eduard Waldschmidt, Begleitung: Fräulein Martha Zell. — 3. Arie der Wida, a. d. Oper „Carmen“: G. Bizet. Fräulein Jenny Deppner. Begleitung: Fräulein Esle Zell. — 4. Thema und Variationen B-dur: Fr. Schubert, Fräulein Anna Sauer. — 5. Weber: a) Widmung: R. Schumann; b) Vergebliches Ständchen: G. Brahms; c) Verborgene: Wolf. Fräulein Lide Weigner. Begleitung: Fräulein Esle Zell. — 6. Sonate g-moll für Violine und Klavier: L. v. Beethoven. Fräulein Lulu Dörner; Klavier: Fräulein Auguste Sildensand. — 7. Variationen c-moll: S. B. Beethoven. Fräulein Bertha Ritter.

Das nächste Vorspiel (Ausbildungsklassen) ist Mittwoch, des 20. Januar, abends 6 1/2 Uhr.

### Theater, Kunst und Wissenschaft.

Städt. Konzerthaus.

Volksvorstellung: „Nathan der Weise“, Dramatisches Gedicht in 5 Akten von Lessing.

„Brachte der ältere Herr Bürgermeister mündlich vor, was nach in letzter Leipziger Messe von dem Gottlieb Ephraim Lessing ein Drama unter dem Titel „Der weisse Nathan“ erschienen sei, welches den jenseitigen Inhalt in Rücksicht der Religion enthielte, weshalb er anheimstellen wolle, was gegen dieses verdächtige Buch vorzunehmen sei. Committatue dem älteren Herrn Bürgermeister, zugleich bei allen hiesigen Buchhändlern herumzuschicken und dieses Drama nachdrucksmäßig zu veröffentlichen.“ Dieses ist der Wortlaut eines Beschlusses des hochwohlwollen Rates der freien Stadt Frankfurt a. M. aus dem Jahr 1779. Man ermißt daran, welche Wirkung das nun 160 Jahre alte Stück bei seinem Erscheinen auf religiöse Gemüter ausgeübt hat, und wie wenig reif die Zeit für eine solche Toleranzpredigt war. Die Wirkung des Stückes ist heute noch groß. Nicht als Kunstwerk; der hölzernen Blätter Lessings und seine oft recht prosaische Sprache jagt uns heutigen nicht mehr zu. Man erwartet, hohe Gedanken durch den Schwung und die Form des Ausdrucks geabelt zu sehen. Als Predigt ist das Werk noch nicht überholt, und das Volk darf die Mahnung Lessings immer von Zeit zu Zeit hören. Wohl ist die Menschheit etwas besser geworden in diesem Punkt, das wird selbst der Bestimmte nicht leugnen; religiöse Duldung gehört zum guten Ton, wenigstens im öffentlichen Leben. Tief ins Bewußtsein der Menschen ist sie noch nicht gedrungen. Man tut nur so, als achte man fremden Glauben und fremde Ueberzeugung; man tut es aus verstandesmäßig utilitarischen Erwägungen heraus, nicht aus philosophischen oder gemüthlichen. Und darum ist für Lessings Gedankensatz immer noch ein unabweisbares Aderfeld vorhanden. Lessing will mit seiner Gegenüberstellung der drei Religionen eigentlich nicht besagen, daß sie alle drei gleich gut seien; sondern sie sind alle drei gleich schlecht. Der absolut gute Mensch, der Weise, der Tolerante ist der, der sich über seine Religion (besser: Konfession) zu einem höheren, reinen Menschentum emporschwimmt, das zwischen sich keine Schranken mehr kennt, weder solche der Nationalität noch der Konfession, weder des Standes noch der Klasse. Der Berg reinen Menschentum mag durch die Konfessionen gehen, aber

es gibt Konfessionen, die ihren Mitgliedern die Flügel beschneiden damit ihnen der höchste Flug nicht gelingt. Die Konfessionen sind selbsttätige Systeme, die nicht wollen, daß man sie überwinde. Sie brauchen Anhänger, zahlende Mitglieder, Verteidiger, Eiferer, Kämpfer, Fanatiker. Der geistig Hochstehende, der sich zum geäußerten Menschentum erhebt, muß das tun im Gegensatz zu seiner Kirche oder unter ihrer Mißbilligung, wenigstens ihrer strengen Richtung, jedoch dem, der eben in diesem Lessingschen Sinn Mensch werden will, nichts übrig bleibt als der Austritt.

Die Aufführung entsprach dem, was man von einer Volksvorstellung erwarten darf; oberflächliches, geschäftsmäßiges Abklopfeln. Die Darsteller haben sich keine besondere Mühe; immerhin darf der prächtige, väterlich milde Nathan des Herrn Herzlobend hervorzuheben werden. Eine gerechte Kritik, die dem Personal Mangel an Eifer antreibt, muß aber auch von den Redaktionen dieser Nachschafflichkeit sprechen. Und die traten bei der Aufführung mit unangenehmer Deutlichkeit in Erscheinung. Eine Volksvorstellung soll wohl mehr für die Armen sein, aber nicht für die Armen im Geiste. Man hatte den Eindruck, daß gewisse Zuhörer, besonders solche weiblichen Geschlechtes, der Meinung wären, sie befänden sich im Variete. Es war fast während der ganzen Vorstellung auf manchen Plätzen ein Gelächern und Gesächeln; die betreffenden Kunstgenossinnen lauerten ständig darauf, ob nicht endlich ein Wit käme, sie suchten hinter jeder Aeußerung etwas Komisches oder Ironisches, um mit dem berechtigten Lachen loszuplatzen zu können. Die Anbängigen unter den Zuhörern machten sich in energischen Protesten Luft gegen eine solche Vergällung des Kunstgenusses durch verständnislose Quäler. Man sieht mit Schrecken, wie der Geschmack mancher Leute durch Kino und das leichte Operettengebäude mehr und mehr verflacht wird. Vor 20 Jahren konnte man in Industrie-städten Volksvorstellungen sehen, wo die Leute mit vorbildlicher Andacht und innerer Teilnahme und mit respektvollem Verständnis den Vorträgen folgten. Heute wissen viele Leute schon nicht mehr, was Theater im besten Sinn des Wortes heißt; sie meinen es ginge um Amusement. Da bedarf es noch ganz gewaltiger Erziehungsarbeit.

Sonaten-Abend Stürmer, Bach, Brahms, Roger. Herr Stürmer zeigte sich auch in seinen künstlerischen Darbietungen als Musikhistoriker, sein Programm bedeutete zugleich eine kleine historische Uebersicht über die Entwicklung der Sonatenform von

Die im N... waren un... glich ang... ferge geg... e n 3: 17... innerhalb... anzuwenden... sein. Da... Vermittl... fern in i... Neigung... reserpol... trage ober... können... Aleun: g... Demittlu... damit ign... können.

Die dem Drang... die Stille gewonnen war. Wie viel Mühe und durchwachte Nächte es uns gekostet hat...

Das Meer ist aufgetaut, Männer, Söhne kehren heim. Jedes weibliche Wesen wird es als Segen empfinden, das Büro, den Laden...

Das Tiefschiffamt, dessen Geschäftsbereich für Ostbayerarbeiten den weitesten Raum bietet, hat sofort folgende Arbeiten begonnen: Die Pflasterung einer großen Straße...

Der gestrige Wahltag ist hier ruhig verlaufen. Der Andrang zu den Wahlurnen war vormittags nicht so stark, hat aber im Laufe des Tages zugenommen...

Das Entlassungsgeld. Die Frage der Entlassungsgelder und Mariagegelder scheint nicht zur Ruhe kommen zu wollen. In den letzten Tagen gehen uns eine Reihe von Beschwerden...

Das Tiefschiffamt, dessen Geschäftsbereich für Ostbayerarbeiten den weitesten Raum bietet, hat sofort folgende Arbeiten begonnen: Die Pflasterung einer großen Straße...

Der gestrige Wahltag ist hier ruhig verlaufen. Der Andrang zu den Wahlurnen war vormittags nicht so stark, hat aber im Laufe des Tages zugenommen...

Das Entlassungsgeld. Die Frage der Entlassungsgelder und Mariagegelder scheint nicht zur Ruhe kommen zu wollen. In den letzten Tagen gehen uns eine Reihe von Beschwerden...

and es bedarf hoffentlich nur dieser öffentlichen Feststellung, um die maßgebenden Stellen zur Abstellung zu veranlassen.

Vereinsanzeiger. Karlsruhe. (Gesangverein Gleichheit.) Dienstag Abend 7/8 Uhr Singstunde. Vollzähliges Erscheinen notwendig.

Gesellschaft für Brenneri, Spiritus- und Brechweinsteinfabrikation v. G. Sinner-Grünwinkel. Der Ausschussrat der Gesellschaft beschloß der auf den 10. Februar einberufenen Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 12 Prozent (i. V. 16 Prozent) vorzuschlagen.

Briefkasten der Redaktion. J. B. Offenburg. Der Brief kam erst mit der Mittagspost, der eine Artikel ist also nicht mehr verwendbar.

Berantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und feuilleton Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Geschäftliches. Vom Bund erkrankter Krieger Bezirk Baden wird uns Folgendes zur Veröffentlichung zugeandt. In letzter Zeit konnten wir in den hiesigen Tageszeitungen lesen, daß von Hilfsvereinen, Vereinen und Privatpersonen zu Gunsten der erkrankten Krieger der Stadt Karlsruhe verschiedene kleinere und größere Spenden dem Herrn Oberbürgermeister der Stadt übergeben worden sind.

Wir möchten nicht verfehlen auf die Vereinerung der badischen Kriegsblinden unter der Bezeichnung "Bund erkrankter Krieger Bezirk Baden" hinzuweisen. Diese Vereinerung umfaßt zur Zeit beinahe 70 Kriegsblinde, das sind wohl alle Kriegsblinden unseres Heimatlandes. Der Leitung des Bezirkes, Hauptlehrer A. Böhle, Karlsruhe, Melanchthonstraße 2, sind die Bedürfnisse der badischen Kriegsblinden wohl am besten bekannt und dürfte daher die Ueberweisung von Spenden an genannte Stelle eine allgemeine und gerechte Verteilung gewährleisten.

Todes-Anzeige. Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein Lieber, treubesorgter Gatte, Vater, Bruder und Schwager Karl Seiter, Elektrikmonteur Sonntag früh 1/3 Uhr nach langem, mit Geduld ertragenem Leiden sanft entschlafen ist.

Abt. Gesv. Gleichheit. Am Sonntag, den 26. Januar, nachmittags 3 Uhr, findet unsere Generalversammlung in der „Alten Brauerei Schrumptel“ statt. Anträge hierzu müssen bis zum 25. Januar eingereicht sein.

Helfer und Helferinnen. die im Ausland im Dienst der Seeresverwaltung tätig waren und dort entweder einer Betriebskrankenkasse als Mitglied angehört oder vertraglich Anspruch auf Krankenfürsorge gegen die Seeresverwaltung hatten, können „Krankenkasse“ in der Heimat in Anspruch nehmen, wenn sie innerhalb drei Wochen nach der Entlassung erkrankten, ohne nachträglichen Mitglied einer anderen Krankenkasse geworden zu sein.

Erklärung. In den letzten Tagen ging hier das Gerücht, daß Butter, die von der Badischen Landesfettstelle in einem hiesigen Lager untergebracht worden ist, während der Lagerung verdorben sei. Wie der Volksrat im Benehmen mit der Badischen Landesfettstelle festgestellt und in der letzten Vollstimmung mitgeteilt hat, handelt es sich um sogenanntes Anschlagbutter, welche die Landesfettstelle aus militärischen Beständen übernommen hat.

Da die Ablieferung von Milch und Fett aus den badischen Ueberflutungsgebieten in letzter Zeit infolge des bekannnten Futtermangels, der Zunahme der Bevölkerung der Ueberflutungsbezirke durch die Rückkehr der Kriegsteilnehmer und infolge der bedauerlichen Verbreitung der Maul- und Klauenseuche nachgelassen hat und der Rückgang der Milchlieferung, besonders wegen der außerordentlichen Futtermittelnot, noch weiterhin anhalten und noch zunehmen wird, so ist die Badische Landesfettstelle genötigt, sich einen Reservebestand auf Lager zu halten, um auch in Zukunft die Verteilung einer Wochenration von wenigstens 50 Gramm Fett sicher zu stellen.

Bestellungen auf Gemüse- und Sämereien nehme ich schon jetzt entgegen. Sorgfältige Bedienung wird zugesichert. Richard Heinze, Eszler Samenhandlung Karlsruhe i. S., Umlandstr. 39.

Wandkalender für 1919 hübsch ausgestattet und den neuen Posttarif enthaltend, zum Preis von 10 Pfg. bei uns, durch unser Trägerpersonal und die Filialinhaber zu beziehen. Geschäftsstelle des Volksfreund Luisenstraße 24, Karlsruhe.

Städtisches Konzerthaus. Montag, den 20. Januar 1919. Montagsmiete Nr. 17. Als ich noch im Flügelkleide. Ein trödeliges Spiel in vier Aufzügen von Albert Rohm und Martin Fehse. Anfang 7/7 Uhr. Ende 9 Uhr.

Verloren ein Portemonnaie mit Inhalt nebst einer kleinen Photographie, von Morgenstr. bis bis Marienstraße. Noblenhandlung Gemina. Abgegeben in der Expedition des „Volksfreund“. Handwagen, stark, zweirädrig, zu verkaufen gesucht: Schützenstr. 63, 4. Stod.

